Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 5

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Olaf Bach / Nicolas M. Martin / Peter Piffl

Über die Macht

«Macht ist sexy». Neben in ihrer Bedeutung verwandten Begriffen wie Gewalt und Herrschaft gehen mit Macht auch Vorstellungen von Souveränität, von Stärke und Potenz einher: *«Power is the ultimate aphrodisiac» (Henry Kissinger).* Jeder Mensch ist von Macht betroffen – er übt Macht aus oder er unterliegt ihr.

Das Streben nach Macht ist so alt wie die Menschheit. In den letzten Jahren, insbesondere nach dem Scheitern des kommunistischen Modells und dem Übrigbleiben des Kapitalismus als prävalente Wirtschafts- und damit Gesellschaftsordnung, lässt sich ein verschärfter Kampf um wirtschaftliche Vorherrschaft feststellen. Die Globalisierung der Märkte ist Symptom der Ausweitung des Wettbewerbs. Die damit verbundene Aggressivität zeigt sich in der Umgangssprache der heutigen Wirtschaft – kriegerische Konnotationen wie *«feindliche Übernahme», «Defensivstrategie»* oder *«War for Talents»* sind unvermeidlich. Der wirtschaftliche hat den politischen Machtkampf abgelöst und ist zu einem der zentralen Themen der Gegenwart geworden.

Der immer härtere Wettbewerb führt nicht automatisch, wie es einschlägige Theorien erwarten lassen, zu einem ökonomischen Gleichgewicht. Vielmehr gibt es klare Tendenzen von Konzentrationsprozessen in praktisch allen Industrien und somit Zusammenballungen von Macht. Diese Entwicklungen lassen sich als Machtkämpfe und als Austarieren von Kräfteverhältnissen beschreiben. Machthaber in diesem Kontext sind Institutionen, Firmen und Organisationen. Ausgangspunkt dieses Machtstrebens jedoch sind Menschen und ihr individueller Antrieb, Macht auszuüben.

Der ökonomisch rational definierte Begriff des individuellen Nutzens ist in der menschlichen Wertschätzung durch viele verschiedene und interdependente Elemente bestimmt: Geld, Erfolg, Glück oder einfach Zufriedenheit, und schliesslich auch Macht. In der persönlichen, an Wirtschaftsschulen durch unzählige *Recruiting*-Veranstaltungen geförderten *Main-Stream* Zielsetzung wird auch gerne *«Verantwortung übernehmen», «Einfluss nehmen»* oder *«etwas bewegen»* genannt. Effizienz und ökonomische Rationalität sind dabei wichtige Massstäbe des machtbewussten Handelns, vermeintlich sekundäre Bedürfnisse wie Spass und Musse werden nachgeordnet.

Machtstreben ist also nicht zuletzt Bedürfnisbefriedigung und findet damit seinen Platz in der ökonomischen Theorie. Gleichzeitig stellt Machtstreben diese in Frage, da ein effizientes Gleichgewicht als Resultat von Machtkämpfen kaum denkbar und nur äusserst selten realisiert ist. Eine Voraussetzung der Macht, die soziale Beziehung, wird hier ebenso deutlich. In der Einsamkeit kann es keine Macht geben, sie wird von und über Menschen ausgeübt.

Das Machtstreben der Einzelnen stützt – vereinfacht betrachtet, denn einige hier nicht zu nennende Faktoren spielen sicher eine ebenso bedeutende Rolle – die Macht von Organisationen und Institutionen, wie z. B. Kirchen, Staaten und Konzernen. Mit Letzteren assoziiert man heute Herrschaftsansprüche, etwa den, *«Weltmarktführer»* zu sein, die *«Expansion»* voranzutreiben und eine *«Marktdurchdringung»* zu erreichen. Erstaunlicherweise wird die dabei faktisch ausgeübte Macht der Institution auf bestimmte Personen projiziert: auf den Kirchenfürst, den Politiker oder den Wirtschaftsführer. Diese sind damit neben der tatsächlichen Macht und Verantwortung, die z. B. Topmanager haben, auch Repräsentanten und Symbole menschlichen Machtstrebens.

Es bleiben mithin zwei Aspekte der Macht: Zunächst der Facettenreichtum des Phänomens Macht und deren faktische Allgegenwart, sowie deren eingangs erwähnte Attraktivität, den *«Appeal»* der Macht. Mit der Reflexion des Wesens und der Ausübung von Macht lassen sich einerseits Erkenntnisse über den Zustand von Politik und Gesellschaft gewinnen, andererseits bleibt die erklärungsbedürftige und mit Sicherheit viel schwerer zu beantwortende Frage nach der Faszination von Macht. ✦

Olaf Bach, Nicolas M. Martin und Peter Piffl sind Mitglieder des International Students' Committee (ISC), welches das 31. ISC-Symposium ausrichtet. Dieses findet vom 17. bis 19. Mai 2001 unter dem Generalthema «New Balance of Power» an der Universität St. Gallen statt. Homepage: www.isc-symposium.org

Ulrich Pfister

Ein Test des Selbstbewusstseins

Das Schweizervolk hat am 10. Juni Stellung zu nehmen zu zwei Änderungen des Militärgesetzes, die sachlich keineswegs von grundsätzlicher Bedeutung sind, da sie sich auf bestehende Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, auf anerkannte sicherheitspolitische Berichte und auf das bisherige Armeeleitbild stützen. Darin ist in den neunziger Jahren die Friedensförderung als eine der Aufgaben der Armee neben dem zentralen Verteidigungsauftrag und Einsätzen für die Existenzsicherung verankert worden, aus der Erkenntnis heraus, dass Bedrohungen unserer Sicherheit und Unabhängigkeit sich nicht mehr nur aus direkten militärischen Angriffen auf unser Territorium, sondern auch als Auswirkungen von Konflikten ausserhalb der Landesgrenzen ergeben können. Die Tatsache, dass solche indirekte Bedrohungen in Europa derzeit wahrscheinlicher und realer sind als die während Jahrzehnten vorherrschende Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung, stellt namentlich die Armee vor die schwierige Aufgabe, sich einerseits auf die aktuelle Lage einzustellen und andererseits trotzdem für die eigentliche Landesverteidigung unter heute hypothetischen Bedingungen gewappnet zu bleiben. Darin steckt gerade für eine auf die allgemeine Wehrpflicht gestützte Armee ein mentales Problem: Wer sich eine Aufgabe konkret nicht vorstellen kann, ist schwer für eine anspruchsvolle Pflichterfüllung zu motivieren. Dass die Armee mit Rekrutierungsproblemen für Kader kämpft, ist deshalb kaum verwunderlich.

Unter diesen Umständen finden die Auslandeinsätze, weil sie aktuell und real sind, trotz ihrer bescheidenen Dimensionen eine unverhältnismässige Aufmerksamkeit, sowohl bei den Befürwortern wie bei den Gegnern. Tatsache ist, dass der Schweizer Beitrag zur internationalen Friedenssicherung weit geringer ist als derjenige anderer kleiner, auch neutraler Länder, beispielsweise Finnlands, das in mancher Hinsicht, insbesondere im sicherheitspolitischen Selbstverständnis, mit unserem Land durchaus vergleichbar ist. Das mag man aussenpolitisch mit der traditionellen Zurückhaltung der Schweiz begründen, die mit dem strapazierten Begriff Neutralität nur noch irrational begründet wird. Der Wertschätzung unserer Sicherheitspolitik und unserer Armee dienen eine realitätsfremde Lagebeurteilung und eine nach innen gerichtete Pflege alter «Feindbilder» jedenfalls nicht. Wir werden international an unseren Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen gemessen.

Es ist ein Phantomkampf, der sich im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung abspielt. Konkret geht es ja nur darum, ob Schweizer Wehrmänner – und, so sie sich so verstehen, Wehrfrauen – die Waffe, die sie stolz zu Hause haben, zum Selbstschutz auch im freiwilligen Auslandeinsatz tragen dürfen. Und ob die längst bewährte Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland im Gesetz verankert werden soll. Was dagegen vorgebracht wird, ist unglaubwürdig – und verletzt im Fall der Bewaffnung den Stolz jedes altgedienten Soldaten. Aber es ist offensichtlich auch nicht relevant, weil ja im Grunde nicht die Präzisierungen im Gesetz, sondern die ganze sicherheitspolitische Strategie des Armeeeinsatzes zur Friedensförderung in Frage gestellt werden soll. Dass sich hier rechte Populisten und linke Fundamentalisten zusammenfinden, bestätigt nur die alte Erkenntnis: *«Les extrêmes se touchent»*. Sie manifestiert sich auch darin, dass die AUNS sich in ihrer Propaganda schamlos pazifistischer Klischees bedient.

Wenn nun im emotional geführten Referendumskampf in grober Geschichtsklitterung alteidgenössische Mythen beschworen werden – die ja genau genommen den Dreissiger- und Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts entstammen –, muss man sich nicht wundern, wenn der wohlhabenden und doch oft so kleinlichen und engstirnigen Schweiz das Image eines weltoffenen, humanitär engagierten, ihre Neutralität mit guten Diensten beweisenden Landes immer mehr abhanden kommt – nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Selbstbewusstsein. Dem Ausgang der Abstimmung kommt deshalb eine Bedeutung zu, die weit über ihren unmittelbaren Anlass hinausreicht.✦

Robert Nef

Unsicherheit durch Kooperation

Die im Juni stattfindende Abstimmung zum Militärgesetz-Referendum wird von den Protagonisten aller Lager immer wieder zur sicherheits- und aussenpolitischen Weichenstellung und Schicksalsfrage emporstilisiert und damit in ihrer Tragweite wohl überschätzt. Immerhin wirft sie eine Fülle von grundsätzlichen Fragen auf, die in der Diskussion bisher zu wenig Gewicht hatten.

Zweifellos ist die zur Debatte stehende Gesetzesänderung ein Baustein einer Strategie der «Sicherheit durch Kooperation» und diese Strategie, das ist ebenfalls offensichtlich, steht in einem grundsätzlichen Konflikt mit der Neutralitätsmaxime. Neutralität und Solidarität sind dann kombinierbar, wenn die Solidarität den humanitären, kulturellen, sozialen und allenfalls auch den wirtschaftlichen Bereich betrifft, Neutralität und Kooperation (als Bestandteil der Strategie, unter ausdrücklichem Einbezug des Militärs) sind aber früher oder später nicht kompatibel.

Losgelöst von dieser Inkompatibilität muss der gut tönende Slogan *«Sicherheit durch Kooperation»* für einen Kleinstaat als höchst gefährlich eingestuft werden. Im Konfliktfall stirbt möglicherweise zuerst die Wahrheit, aber kurz danach die Kooperationsbereitschaft der Grossen und der Kleinen. Das hat beispielsweise die BSE-Krise deutlich gezeigt. Wer jetzt argumentiert, dieser Grundsatz stehe gar nicht zur Debatte und sei politisch erst in einer nächsten Phase traktandiert, der übersieht den subtilen Zusammenhang zwischen Grundsätzen, praktischen Anwendungen und «ersten kleinen Schritten».

Es geht bei den *«bewaffneten Auslandeinsätzen»* um einen Anwendungsfall der *«Sicherheit durch Kooperation»*. Die Skepsis gegenüber dieser fragwürdigen und noch nicht ausgegorenen und ausdiskutierten Konzeption (bei der auch die derzeit noch nicht besonders klare Konzeption allfälliger Partner eine Rolle spielt) ist durchaus angezeigt. Die «neue Konzeption» ist der immer noch tauglichen und an heutige Verhältnisse adaptierbaren Gesamtverteidigungskonzeption der Kommission *Schmid* gegenüberzustellen. Dort wurde seinerzeit eine eigenständige *«multifunktionelle Strategie des Kleinstaats»* unabhängig von konkreten Bedrohungslagen formuliert. Auch diese Konzeption klammert Kooperation als eine offen zu haltende und von Konfliktfall zu Konfliktfall neu zu beurteilende und selbst zu bestimmende Option nicht aus, stellt sie aber mit guten Gründen nicht ins Zentrum. Kooperation ist für kleinere (und gleichzeitig reichere) Staaten eine riskante Angelegenheit. Das wusste schon *Machiavelli*. Wer also seine Sicherheit auf Kooperation baut, vertraut auf Bereitschaften, die auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen grösstes Misstrauen verdienen. Kooperation ist ein «Schönwettergeschäft». *«Sicherheit durch Kooperationsbereitschaft»* tönt gut, ist aber gefährlich.

Neutralität ist ein hochkomplexes, häufig missdeutetes Überlebensprinzip eines Nicht-Mächtigen, der seine Eigenständigkeit wahren möchte. Das Prinzip hat viel mit dem innen- und aussenpolitischen Machtverzicht einer Regierung zu tun. Es beruht auf einer Art Macht-Abstinenz, die eine sehr markante radikal-liberale Komponente hat, die meines Wissens von Staats- und Wirtschaftstheoretikern noch wenig beachtet worden ist. Ein aussenpolitisch neutraler Staat hat weniger Probleme, auch innenpolitisch und wirtschaftspolitisch machtabstinent zu sein.

Auch Neutralität ist keine absolute Sicherheitsgarantie, und die Neutralen werden in Zeiten offener Konflikte als Feiglinge und Profiteure eingestuft, was ihre allseitige Unbeliebtheit akzentuiert und ihre Sicherheit reduziert. Auch dies kann man bereits bei Machiavelli nachlesen. In Zeiten relativen Friedens macht die Neutralität die andern weder heiss noch kalt, und genau in diesen Phasen muss die Maxime weltöffentlich immer wieder kommuniziert werden. Neutralität muss vom Ruch des kruden Egoismus zu Lasten der so genannten Welt-Staatengemeinschaft befreit werden, indem man – im eigenen Interesse – darauf aufmerksam macht, dass die Neutralen in bestimmten Fällen auch für sie von Nutzen sein könnten, beispielsweise in innereuropäischen Krisen im Zusammenhang mit eskalierenden innenpolitischen Konflikten und Sezessionsbestrebungen.

Diese Überlegung steht auch am Ursprung der von *Willy Bretscher* geprägten Formel *«Neutralität und Solidarität»*. Heute hat nur noch der zweite Begriff Konjunktur, und die allseitigen Bemühungen, die

«internationale Solidarität» aus dieser subtilen Verbindung herauszulösen und zum alleinigen Ziel zu machen, sind offensichtlich. *«Hoch – die – internationale Soli – dari – tät»* skandierte die «Neue Linke» an Demonstrationen in der Zeit des Kalten Krieges, während auf der anderen Seite *«Use mit de Russe»* gerufen wurde. Als Basis einer längerfristig ausgerichteten Strategie eignet sich m.E. keiner der beiden Slogans.

Wider eine Aussenpolitik der «moralischen Grossmacht»

Im Gegensatz zu dem derzeit offenbar in sicherheitspolitischen und aussenpolitischen Fachkreisen einzig «politisch korrekten» Konsens bezüglich «internationaler Solidarität» bin ich der Auffassung, dass das Beharren auf einer Sonderrolle des Nicht-EU-, Nicht-Nato- und nicht Uno-Mitglieds Schweiz trotzdem und zunehmend attraktiv und sinnvoll sein könnte. Je öfter die Uno in globalen und regionalen Konflikten als Intervenientin auftritt, desto mehr läuft sie Gefahr, von den jeweils Interventions-Betroffenen als Partei, als Gegner, ja als Feind wahrgenommen zu werden. Wer kann denn in solchen Situationen überhaupt noch vermitteln, wenn global «alle gegen einen» operieren?

Die Schweiz hat allerdings in letzter Zeit ihre vermittlungspolitische Trumpfkarte als Nicht-Mitglied noch nie gespielt, sie hat sich im Gegenteil völlig unnötigerweise und meist im dümmsten Moment in vorauseilendem Gehorsam international als «Mit-Partei» der Uno geoutet und damit als Vermittlerin diskreditiert, beispielsweise in den jüngsten Konflikten im ehemaligen Jugoslawien. Kein Wunder, dass es da keine «Nachfrage» mehr gab nach «guten Diensten». Will man denn als Konfliktpartei bzw. als Interventionsobjekt einen Vermittler, der sogar als Nichtmitglied eine Art «vorauseilende Solidarität» mit der als Feind betrachteten Grossorganisation signalisiert? Nichtmitgliedschaft bedarf der Bereitschaft zur Nichtpopularität, zum Aussenseitertum, zum Schweigen, wenn andere reden. Wir dürfen uns allerdings nicht mit einem bequemen passiven Abseitsstehen begnügen, im Gegenteil, wir sollten die Herausforderungen und Kosten annehmen, die mit einem selbstgewählten Sonderstatus verbunden sind, selbst wenn dieser teurer und anspruchsvoller wäre als eine Vollmitgliedschaft.

> *Nichtmitgliedschaft bedarf der Bereitschaft zur Nichtpopularität, zum Aussenseitertum, zum Schweigen, wenn andere reden.*

Die rein finanzielle Argumentation, ein Beitritt zu all diesen Organisationen sei für uns einfach «zu teuer», halte ich für kleinmütig, kurzsichtig und unglaubwürdig. Jede Mitgliedschaft hat ihre Kosten und ihre Nutzen, und auf diesem Hintergrund halte ich sowohl eine Uno- als auch eine EU- sowie eine Nato-Mitgliedschaft der Schweiz – mindestens gegenwärtig – nicht einfach für «zu teuer», sondern für einen unnötigen irreversiblen Fehlentscheid und für einen voreiligen Verzicht auf andere Optionen. Wenn die Idee *«Sicherheit durch Kooperation»* vorbehaltlos gut wäre, dürfte sie auch etwas kosten. Wir müssen uns allerdings darauf einstellen, dass die Alternativen zu Mitgliedschaften und Kooperationen ebenfalls etwas kosten und allenfalls sogar mehr kosten, dafür auch mehr Nutzen bringen, und zwar sowohl für uns selbst, als auch für andere, was im Rahmen einer Aussenpolitik des intelligent praktizierten kollektiven Egoismus (gibt es eine andere?) weitgehend auf dasselbe hinausläuft.

Zwischen Selbstüberschätzung und Kleinmut

In der Schweiz mangelt es leider zurzeit an Aussenpolitikern und Diplomaten, welche das Format für solche «guten Dienste» im Rahmen einer aktiven Nichtmitgliedschaft hätten. Vielleicht gibt es sie, aber sie haben im derzeitigen Anpassungsmilieu der «international Solidarischen» keine Aufstiegschancen. Wir leiden zurzeit an einer merkwürdigen Mischung von Selbstüberschätzung unserer potentiell mitbestimmenden Rolle einerseits und von Kleinmut gegenüber dem Experiment der möglichst umfassenden Eigenständigkeit anderseits. Es gilt daher sehr sorgfältig abzuwägen, wie viel tatsächliche Mitbestimmung und tatsächliche kollektive Sicherheitsgarantie man um den Preis von wie viel Autonomieverzicht einhandeln kann. Heute heulen viele lieber mit den Wölfen und lechzen förmlich danach, endlich am grossen Tisch jener Mächtigen Platz zu nehmen, die behaupten, in jedem Fall 100 Prozent Recht zu haben. Aus demselben Grund will man ja auch bei jeder militärischen Intervention ein paar hundert leichtbewaffnete Schweizer Milizsoldaten hinschicken, um zu zeigen, dass man definitiv zu den *«good guys»* gehört. Über eine blamable Tatsache spricht man allerdings nicht gern: Diese Truppen müssten sich nämlich, trotz der postulierten Bewaffnung zum Selbstschutz, ausgerechnet dann, wenn's am Einsatzort gefährlich und brenzlig wird, aus dem Staub machen, nämlich beim «schleifenden Übergang» vom *«peace keeping»* zum *«peace enforcement»*. Solche «De-

tails» werden kaum thematisiert, Hauptsache man gehört endlich zum «grossen Haufen» und kann als «Friedensstifter» mit andern «Friedensstiftern» anstossen und vor laufender Fernsehkamera seinem internationalen Geltungsbedürfnis Rechnung tragen. Was gewinnt unser Land mit solchem «Dabeisein»? Was verliert es, was verlieren die andern dadurch an Optionen? Mitmachen ist natürlich viel motivierender als die mühsame Vorbereitung auf die beharrliche Verteidigung des eigenen Territoriums (in Verbindung mit den historisch darin verwurzelten Werten) in einem derzeit relativ unwahrscheinlichen Fall von kollektiver Notwehr gegen potenzielle Aggressoren, die angeblich für immer ausgestorben sind.

Berechtigtes Misstrauen der Kleinen

Es gibt seit dem Ende des Bipolarismus und dem Aufstieg der USA zur einzigen – oft ziemlich arroganten – Weltmacht noch einen weiteren Grund, nicht unbedingt *à tout prix* dabei sein zu wollen: Das uralte und wohlbegründete Misstrauen der Kleinen gegenüber einer imperial gestützten und geschützten Weltordnung. Es soll hier kein undifferenzierter Antiamerikanismus geschürt werden, aber es gibt gute Gründe, jeder Macht zu misstrauen und möglichst ausserhalb der Bannkreise internationaler Interventionspower zu bleiben, solange man es sich leisten kann. Wird denn wirklich immer im Interesse des Weltfriedens interveniert, oder sind es die Interessen der Mächtigen, welche über Intervention oder Nichtintervention entscheiden – z.B. im Kuwait, in Somalia oder in Tschetschenien? Ist es in weltpolitischen und in innenpolitischen Krisen immer so eindeutig festzustellen, wer «Recht hat», wer «Widerstandskämpfer» und wer «Terrorist» ist, und gibt es nicht auch ein Vermitteln als ein Aushandeln von Kompromissen im schwierigen Spannungsfeld von widerstreitenden Interessen? Muss man nicht gelegentlich auch den so genannt «schuldigen Opfern» von Unrechtsregimen helfen? Wer ist denn dazu noch in der Lage, wenn eine Weltorganisation allgemeinverbindlich definiert hat, wer die «Schurken» und Übeltäter sind?

Zukunftsträchtige Strategie der Notwehr

Es wird hier nicht behauptet, alle Kooperations-, Mitgliedschafts- und Partnerschaftsszenarien wären «das Ende der Schweiz», es wird lediglich kritisiert, wie einseitig im öffentlichen Diskurs mit den Bezeichnungen «zukunftsträchtig», «weltoffen», «solidarisch» einerseits und «rückwärtsgewandt», «nationalistisch» und «egoistisch» anderseits umgesprungen wird. Wer im Anpassungsbedarf der Schweiz die grösste Herausforderung der Zukunft und das attraktivste Angebot auf dem internationalen Parkett sieht, hat möglicherweise seine Gründe. Eine aktiv und selbstbewusst praktizierte Neutralitäts- und Selbstverteidigungspolitik ist aber eine durchaus valable Alternative, die über kurzfristige und rein egoistische Motive hinausweist, wenn sie mit internationalen Aktivitäten und Angeboten flankiert wird. Sie basiert auf der im globalen Rahmen keineswegs veralteten, im Kern antimilitaristischen Doktrin des kontrollierten Verzichts auf Angriffspotenziale und auf *Auslandeinsätze,* der Konzentration auf eine Notwehrstrategie des möglichst hohen Eintritts- und Aufenthaltspreises für Aggressoren aller Art und der möglichst guten Immunisierung gegen Erpressung. Erpressungsrisiken können zwar nie absolut verhindert werden, man kann sie aber durch Vorsorge und passive Schutzmassnahmen im Rahmen einer integrierten Gesamtverteidigung doch erheblich reduzieren. Eine solche Gesamtverteidigungsstrategie ist eine anspruchsvolle, Originalität und Mut beanspruchende Angelegenheit, die sogar auf dem internationalen Parkett für kleinere und mittlere Staaten Modellcharakter haben könnte und tatsächlich einen Beitrag zur Förderung des Weltfriedens darstellen würde.

Man stelle sich einmal vor, wie friedensfördernd es gewesen wäre, wenn sich das superreiche und verletzliche Kuwait eine dissuasive, bis ins Detail vorbereitete Gesamtverteidigung *à la Suisse* geleistet hätte. Es wäre wohl kaum zum verlockenden Invasionsziel und damit zum interventionsbedürftigen militärischen «Sozialfall» und zum weltstrategischen Sicherheitsrisiko geworden. Selbstverteidigte bewaffnete Neutralität ist – auch international gesehen – möglicherweise attraktiver und allgemein friedensfördernder als der lückenlose Anschluss aller Staaten an mehr oder weniger labile, teils globale, teils regionale (und diesbezüglich nicht definierte) internationale Sicherheitssysteme, die letztlich mit der Neutralität nicht kompatibel sind. Hier wird nicht mit offenen Karten gespielt, wenn man behauptet, man könne sich europäisch und global voll in kollektiven Sicherheitsnetzen integrieren und gleichzeitig beharrlich beteuert, es sei weiterhin möglich, auch in Zukunft «wenigstens ein bisschen neutral» zu bleiben. Originalität und Mut zur Eigenständigkeit scheinen zurzeit in den politisch und militärisch etablierten Kreisen besonders knappe Ressourcen zu sein. Jener «schmale Pfad der Tugend», der Eigenständigkeit, war eben schon immer weniger attraktiv als die «breite Strasse», die hin zur Anpassung an das führt, was alle anderen auch tun. ✦

Konrad Hummler

Zwischen Boom, Schock und Schub

Neue Technologien – eine Lagebeurteilung

Die Internet-Technologie hat in den letzten Jahren auf den Finanzmärkten zunächst einen Boom und dann einen Schock ausgelöst, dessen Wunden noch nicht verheilt sind. Vieles deutet darauf hin, dass eine sorgfältig überlegte Nutzung der neuen Technologien im Bereich der «Old Economy» eine weitere Steigerung der Produktivität zur Folge haben wird.

Der exogene Schock, den die neue Technologie auf den Finanzmärkten bewirkt hat, spielte sich in zwei Akten ab. Im ersten Akt wurde durch neue Erfindungen und Anwendungen die Produktivität der Wirtschaft ein erstes Mal massiv gesteigert und nachhaltiges, kräftiges Wachstum generiert. Nach und nach entfesselte sich im Technologiebereich eine Art Eigendynamik, die von aussen betrachtet durchaus inflationäre Eigenschaften hatte, aber eigentlich nur eine notwendige, gesamtwirtschaftliche Reaktion zur Wahrnehmung aller neu geschaffenen Chancen darstellte.

Des exogenen Schocks zweiten Akt erleben wir nun noch kurz vor dem Schlussakkord. Die meisten angeblichen Chancen haben sich als illusionär erwiesen. Die Bewertungen der Technologieaktien haben sich sehr ausgeprägt denjenigen der *Old Economy* angeglichen. Ein ganzer und, wie man zeitweise einmal meinte, total überhand nehmender Sektor fällt grösstenteils in sich zusammen. Es wird Überkapazitäten und damit auch Massnahmen zur Normalisierung der Beschäftigungsverhältnisse geben.

Exogene Schocks hinterlassen strukturelle Wunden. Man nennt diese Folgeerscheinungen in der Ökonomie *Hysterese.* Wenn zum Beispiel eine Erdölpreiserhöhung die Nachfrage nach Automobilen dramatisch sinken lässt, entsteht Massenarbeitslosigkeit nicht nur bei den direkt betroffenen Arbeitern, sondern auch bei den Zulieferern und im Handel. Fabrikgebäude stehen leer und verkommen. Das Wirtschaftswachstum bleibt über längere Zeit tief, da es äusserst schwierig ist, die entstandenen Wunden unverzüglich zu schliessen. Ein Stahlarbeiter oder ein Automonteur kann nicht so schnell in einen anderen Beruf wechseln, auch wenn er wollte. Aus Giessereien werden nicht so einfach trendige Lofts. Die Erfahrungsdaten über Hysteresen nach früheren exogenen Schocks sind nicht unbedingt ermutigend. Die Frage ist freilich, ob der Vergleich zwischen Sektoren wie der Automobilwirtschaft, die es bei früheren exogenen Schocks getroffen hat, und dem nun entblähten Technologiesektor so ohne weiteres funktioniert.

Wie geht es weiter?

Was der Technologieboom geschaffen hat, ist nun nicht einfach verloren und wertlos. Zwar wissen wir nun, dass die Bedeutung von Internet in bezug auf das Konsumgeschäft bei weitem überschätzt, hingegen die logistischen Probleme im Vollzug des *E-Business* krass unterschätzt worden sind. Auch die vielfältigen Hoffnungen im *Business-to-Business*-Bereich haben sich zerschlagen, weil etablierte Strukturen (Zwischenhandel!) nicht so einfach aus dem Weg zu räumen sind. Das Know-how ist allerdings vorhanden. Nach dem Boom kommen nun die überlegten Nutzungen, beispielsweise im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Administration.

Ohne Zweifel wird es frei werdende Kapazitäten geben, sprich: Entlassungen. Sie sind schon im Gange. Und die Löhne, vielfach durch Optionspläne kräftig garniert, werden sich für die Verbleibenden normalisieren, weil die Optionen nämlich wertlos verfallen. Wird die Hysterese ähnlich wie bei den freigestellten Automobilarbeitern das Wirtschaftswachstum während längerer Zeit tief halten? Wir wagen eine etwas optimistischere Sicht der Dinge. Die im Technologiesektor Beschäftigten sind in der Regel jung, intelligent, bestens ausgebildet und mobil. Der Anpassungsprozess an neue Verhältnisse wird deshalb vermutlich ziemlich rasch gehen.

Die Vermögensvernichtung bei den Technologiewerten hinterlässt zweifellos Spuren. Namentlich der Konsum im Luxusbereich wird leiden. Die Vermögensvernichtung findet im Privatsektor statt. Wir veranschlagen die Schockresistenz trotz hohem Verschuldungsgrad der Amerikaner als ziemlich hoch. Jedenfalls wurden die USA in genau diesem Punkt noch immer unterschätzt.

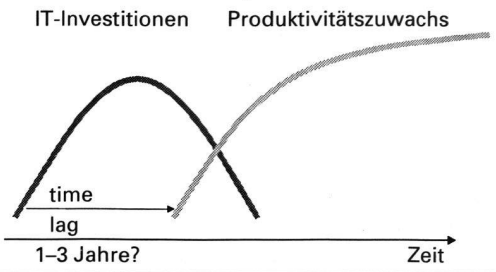
Völlig illusionslos muss die Situation bezüglich der künftigen Bereitstellung von Risikokapital beurteilt werden. Die bestehenden *Venture Capital Funds* sind ausgeschossen und sitzen auf Beteiligungen, die nach zusätzlichen Mitteln schreien. Der Bereinigungsbedarf wird gross sein, und bis wieder frische Mittel in diesen Bereich fliessen, dürfte einige Zeit vergehen. Viele Investoren werden die Welt der solider finanzierten und wirtschaftlich breiter abgestützten *Blue Chip*-Firmen bevorzugen.

Technologie ist nicht «out»

Die meisten Unternehmungen der *Old Economy* haben sich in den letzten Jahren mit Gütern aus dem Technologiebereich ausgerüstet. Effektiven Gebrauch von den (immensen!) Möglichkeiten machen aber nur wenige, und wenn schon, dann werden die technischen Kapazitäten schlecht genutzt. Die nächste Phase der Entwicklung liegt in kostensparenden, effizienzsteigernden *internen* Anwendungen. Gerade das gegenwärtige Konjunkturtief in den USA, bald aber auch die verdüsterten Aussichten in zahlreichen europäischen Ländern, werden die Unternehmungen zwingen, von ihren aufgebauten Netzwerken und erworbenen Systemen vermehrt Gebrauch zu machen. Diese Anwendungsphase wird den Bestellungseingang für *Hardware,* aber auch das Bedürfnis nach immer neuen und noch komplexeren Programmen, deren zusätzliche Spezifikationen ohnehin niemand braucht, weiterhin tief halten.

Die Vermögensvernichtung bei den Technologiewerten hinterlässt zweifellos Spuren im Privatsektor.

Auswirkungen von Investitionen auf die Produktivität



Quelle: eigene Darstellung

Wir erwarten also den nächsten Produktivitätsschub in der *Old Economy.* Technologie ist nicht *out,* sondern wird immer mehr selbstverständlicher Teil der ganzen Wirtschaft. Aufgrund des bisher geringen Anwendungsgrads neuer Technologien darf das Potenzial zu namhaften Produktivitätssteigerungen nicht unterschätzt werden. Über den Zeitpunkt eines solchen Aufschwungs lässt sich streiten. Der *Crash,* den wir soeben erleben, vielleicht erlebt haben, ist nicht grundlos. Das hat die Lageanalyse gezeigt. Er ist aber auch nicht bodenlos. ✦

Redigierter und gekürzter Ausschnitt aus dem Anlagekommentar Nr. 207 der Wegelin Bank vom 26. März 2001.

Konrad Hummler, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen. Autor verschiedener polit-ökonomischer Studien, zuletzt: Megafusion im Lichte finanztheoretischer Überlegungen, in: Siegwart/Neugebauer, Mega-Fusionen, Paul Haupt Verlag, Bern 1998.

«Ein Glück, dass die Eisenbahn sich vor 150 Jahren der menschlichen Kontrolle entzog und einfach Richtung Zukunft dampfte. Das Wahre, Schöne, Gute blieb nicht auf der Strecke, ganz im Gegenteil. Heute gilt die Eisenbahn Schöngeistern aller Art als das ‹sanfte› und umweltverträgliche Verkehrsmittel schlechthin. Zu verdanken haben sie ihr Lieblingsverkehrsmittel technophilen Glücksrittern und raffgierigen Eisenbahnbaronen. Vor allem aber einer eklatanten Verletzung des Vorsorgeprinzips.»
Dirk Maxeiner/Michael Miersch, Das Mephistoprinzip, Frankfurt am Main 2001, Eichborn, S. 94.